

ARBEITGEBERTAG 2016

Es gilt das gesprochene Wort

«Wieviel Sozialstaat erträgt die Schweiz?»

Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

In der Mitte des 19. Jahrhunderts war die Schweiz das Armenhaus Europas. Zehntausende wanderten aus wirtschaftlicher Not aus. Die damalige Schweiz glich dem heutigen Moldawien. Nichts deutete darauf hin, dass das gebirgige Land dereinst zu den reichsten Nationen der Welt aufsteigen würde. Heute, gut 150 Jahre später, kann die Schweiz auf eine aussergewöhnliche Entwicklung zurückblicken, die umso erstaunlicher ist, als das Land mit verschiedenen Handicaps gegen die internationale Konkurrenz antritt: Die Eidgenossenschaft verfügt über keine natürlichen Rohstoffe wie Öl, Gas oder Mineralien, sie hat keinen direkten Meerzugang, und ihr Binnenmarkt fällt mit gegenwärtig rund 8 Mio. Einwohnern klein aus. Trotz dieser Nachteile zählt die Schweiz heute in vielen Belangen zur Weltspitze. Es gibt kein Land vergleichbarer Grösse, das so viele Topunterunternehmen aufweist, über eine derart gute Infrastruktur verfügt und weltweit auf so vielen Gebieten einen hervorragenden Ruf genießt.

Es gibt einige Gründe, weshalb es zu diesem Wirtschaftswunder kam: Tüchtige Menschen trafen auf ein politisches und kulturelles Umfeld, das innovativen Unternehmern Raum zu einer selbstverantwortlichen Entfaltung bot. Der Aufstieg der Schweiz beschleunigte sich vor allem in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Land hatte mit einem flexiblen und offenen Arbeitsmarkt, einem exzellenten Bildungssystem, einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, einer modernen Infrastruktur und einer vernünftigen Steuerbelastung jene Rahmenbedingungen geschaffen, die für ein prosperierendes Wachstum der Unternehmen optimal waren. Als Standortvorteile erwies sich zudem eine haushälterische Finanzpolitik der öffentlichen Hand, dank der die Staatsverschuldung moderat blieb, aber auch eine eigenständige Währungspolitik und natürlich eine insgesamt berechenbare Politik mit einem verlässlichen Rechtsstaat. Auch wenn die Schweiz von zwei Weltkriegen verschont blieb, war es letztlich die Leistungsbereitschaft seiner Einwohner, die einer Mischung aus asiatischem Fleiss und angelsächsischer Geschäftstüchtigkeit gleichkommt, dank der diese Erfolgsgeschichte geschrieben werden konnte. Ein grosser Segen war schliesslich die nur in der Eidgenossenschaft zu findende Balance zwischen individueller Selbstverantwortung und genossenschaftlicher Solidarität. Diese Balance hat im Sozialstaat gewisse Übertreibungen zurückgedrängt und zugleich dazu geführt, dass es den untersten Einkommensschichten hierzulande besser geht als anderswo.

Es ist bekanntlich der grösste Feind des Besseren, bereits gut – und damit saturiert – zu sein. Deshalb muss sich in der Schweiz jede Generation von neuem bewusst werden, was die Pfeiler des eigenen Wohlstands sind, und wie man dem Wohlstand Sorge tragen kann. Das ist kein leichtes Unterfangen in einer Welt, die sich gerade radikal wandelt und in der sich die wirtschaftlichen Kräfte rund um den Globus verschieben. Am augenfälligsten ist dabei der Aufstieg der Schwellenländer, allen voran China. So werden in der Volksrepublik schon in zehn Jahren mehr Grossunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 1 Milliarde Dollar domiziliert sein als in den Vereinigten Staaten oder in Europa. Ausserdem wird gemäss Konjunkturforschern rund die Hälfte des weltweiten Wirtschaftswachstums zwischen 2010 und 2025 von 440 Städten aus Schwellenländern getragen werden; 95 Prozent davon sind kleine und mittelgrosse Städte, von denen viele Menschen in der westlichen Welt wohl noch nie gehört haben dürften.

Neue Technologien bilden einen weiteren Motor globaler Umwälzungen. Von der Erfindung der Dampfmaschine über die Mechanisierung bis zur Digitalisierung von Informationen: Industrielle Revolutionen haben immer wieder die Grundfesten von Wirtschaft und Gesellschaft erschüttert und zu einer

schöpferischen Zerstörung geführt. Neu ist hingegen, dass das Tempo des Wandels im digitalen Zeitalter stark zugenommen hat. So hängt das weltweite Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre erheblich mit der Digitalisierung zusammen. Profitiert haben beispielsweise die Internetbranche, E-Commerce-Plattformen und die Gaming-Industrie. Entstehen werden ausserdem neue Formen der Energienutzung («Smart Grid»), bisher nicht gekannte Transportsysteme (selbstfahrende Autos) und Logistikmechanismen (Drohnen bzw. «Flyables») sowie individualisierte Produkte (3D-Drucker). Das wird zu neuen Berufsbildern führen, etwa dem des Analytikers, der aus der wachsenden Datenflut die richtigen Schlüsse darüber ziehen kann, wo bei einem Produkt Änderungen vorzunehmen sind. Ähnlich wird wohl jemand den Einsatz neuer Roboter überwachen müssen.

Auch der demographische Wandel wird die Gesellschaft verändern: In Deutschland wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2060 um einen Fünftel schrumpfen, wie die Europäische Kommission vorrechnet. Nicht nur der «alte Mann Europa» wird betroffen sein, sondern auch wichtige asiatische Volkswirtschaften. Das Arbeitsangebot in China stand unter anderem wegen der Ein-Kind-Politik im Jahr 2012 im Zenit. In Thailand fiel die Geburtenrate von einem Wert von 5 in den 1970-er Jahren auf derzeit 1,4. Der Bevölkerungsrückgang wird die Volkswirtschaften vor ganz neue Herausforderungen stellen. Die Unternehmen werden produktiver werden müssen, während die staatlichen Gesundheitssysteme und Sozialversicherungen durch die grosse Zahl älterer Menschen auf eine harte Probe gestellt werden.

Die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels gehört zu den wichtigsten Garanten für weltweites Wachstum und Wohlstand. Wie stark diese Dynamik ist, kommt in den globalen Kapitalströmen zum Ausdruck, die sich zwischen 1980 und 2007 um den Faktor 25 ausgeweitet haben. Analog dazu überschritten im Jahr 2009 mehr als 1 Milliarde Menschen eine Staatsgrenze – fünf Mal mehr als noch im Jahr 1980. Besonders profitiert davon hat Asien, das sich zur grössten Handelsregion entwickelt hat. Trotz dieses aussergewöhnlichen Erfolgs ist der Segen der Globalisierung gerade in unseren Breitengraden nicht mehr überall unumstritten, zumal die Verflechtungen zwischen den traditionellen Handelspartnern Europa und Nordamerika inzwischen von einem komplexeren, zuweilen verworren scheinenden Netz von Abkommen abgelöst werden.

Meine Damen und Herren, die gerade beschriebenen Triebkräfte wirken global und zeitgleich. Darum wird sich die Welt so schnell und radikal verändern, dass auf die bekannten, auf Analyse und Intuition basierenden Zukunftseinschätzungen kaum mehr Verlass ist. Wirtschaftsführer, Politiker und alle anderen Entscheidungsträger müssen davon abkehren, einfach die erfolgreiche Vergangenheit fortzuschreiben zu wollen. Viele Veränderungen werden «disruptiv» sein und bestehende Gewissheiten obsolet machen. Hüten wir uns also in Politik und Wirtschaft vor einfachen Szenarien und vorschnellen Ratschlägen.

Dieser weltweit zu beobachtende Strukturwandel wird in der Schweiz in der nahen Zukunft überlagert von der durchzogenen Entwicklung unserer europäischen Nachbarn, die gleichzeitig auch unsere wichtigsten Handelspartner sind – und auf absehbare Zeit auch bleiben. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Beziehung zu Europa hat für die ganze Schweiz eine zentrale Bedeutung. Die entscheidende wirtschaftspolitische Frage unseres Landes lautet, wie dieses Verhältnis künftig gestaltet werden soll. Sie verdient eine offene Diskussion und eine eindeutige Antwort. Für den Schweizerischen Arbeitgeberverband ist die Antwort glasklar, und ich wiederhole sie am ARBEITGEBERTAG 2016 gerne: Die bestmögliche Option für die Schweiz ist auch künftig der bilaterale Weg. Er hat sich für beide Vertragspartner bewährt. Und er lässt sich vereinbaren mit der Geschichte unserer Eigenständigkeit, aus der die direkte Demokratie mit ihrem funktionierenden Föderalismus hervorgegangen ist. Die bilateralen Verträge müssen deshalb erhalten bleiben. Priorität hat dabei deren Fortführung – eine Weiterentwicklung ist zurzeit innenpolitisch kaum mehrheitsfähig.

Leider ist man sich heute ausserhalb der Wirtschaft der Vorteile der bilateralen Abkommen kaum mehr bewusst. Schlimmer noch: Seit der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 gibt es vermehrt Stimmen, welche den Nutzen dieser Verträge schlecht reden, welche gar suggerieren, dass man auch gut ohne

sie leben könnte. Solche Aussagen sind falsch. Diese Abkommen bilden vielmehr ein Netzwerk, das erst in der Verknüpfung den wahren Nutzen zum Tragen bringt. Umgekehrt würde bei einem Verlust der bilateralen Verträge eine Abwärtsdynamik entstehen, die den Hochpreis- und Hochlohnstandort Schweiz empfindlich treffen würde: Neue Handelshemmnisse, ein massiv geschrumpfter Arbeitsmarkt und zunehmende Bürokratie würden die Kosten der hiesigen Unternehmen nochmals spürbar erhöhen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit schmälern. Würde die Personenfreizügigkeit und die Anbindung an die europäische Forschungszusammenarbeit wegfallen, würde letztlich die Innovationsfähigkeit der Schweiz – ihr wichtigster Trumpf – empfindlich geschwächt. Dadurch würden zwangsläufig Arbeitsplätze gefährdet, auch wenn das Ausmass aus heutiger Sicht nicht beziffert werden kann. Diesem Teufelskreis wollen wir entrinnen. Darum ist für die Arbeitgeber sonnenklar: Insgesamt kommt der bilaterale Weg den typisch schweizerischen Verhältnissen entgegen und bringt grosse wirtschaftliche Vorteile.

Der gesicherte Marktzugang zu Europa brachte der Schweiz nicht nur einen intensivierten Handel, sondern auch wichtige Forschungsprojekte, Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand, Arbeitsplätze – und infolgedessen auch mehr Zuwanderung. Die Situation, in die sich die Schweiz mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative manövriert hat, ist wahrlich knifflig. Die Quadratur des Zirkels ist inzwischen allen bekannt. Wir arbeiten zurzeit mit Hochdruck zusammen mit den Bürgerlichen Parteien an einer wirtschaftsfreundlichen Umsetzungslösung, denn die Zeit drängt.

Zentral ist dabei, dass der in Artikel 121a BV vorhandene Umsetzungsspielraum ausgenutzt wird, um dem gesamtwirtschaftlichen Interesse Rechnung zu tragen. Der sogenannte «Inländervorrang» – d.h. das forcierte Ausschöpfen des Inländerpotentials – soll als erste Massnahme greifen. Basierend auf einem Fachkräfteindikator soll dieser als qualitative Massnahme vor einer allfälligen an Art. 14 Abs. 2 des Freizügigkeitsabkommens (FZA) anknüpfenden «Escape-Clause» Wirkung entfalten. Letztere würde als Ultima ratio regionale beziehungsweise berufsbezogene, temporäre Beschränkungen ermöglichen, wobei Kurzaufenthalter bis 12 Monate ausgenommen und die Grenzgängerthematik an die Kantone delegiert würde. Das Konfliktpotenzial gegenüber dem FZA würde damit deutlich verringert und dem Sinn und Geist der Masseneinwanderungsinitiative nachgelebt, denn zusätzliche Massnahmen im Bereich des Familiennachzuges von Drittstaatsangehörigen, der Rückführung von vorläufig Aufgenommenen sowie einem verbesserten Vollzug des FZA würden die Palette der Umsetzungsmassnahmen ergänzen.

Ungeachtet der Masseneinwanderungsinitiative hat die Wirtschaft aufgrund des Fachkräftemangels freilich schon Verschiedenes ergriffen, um die Arbeitsmarktbeteiligung der inländischen Bevölkerung zu erhöhen. Doch trotz allen Bemühungen werden inländische Arbeitskräfte ausländisches Personal nicht komplett ersetzen können. Wir werden nicht darum herumkommen, auch in Zukunft auf ausländische Arbeitskräfte zurückzugreifen. In gewissen Bereichen sind im Inland schon jetzt schlicht und einfach nicht genügend Arbeitnehmende mit dem gesuchten Fachwissen vorhanden. Laut Schätzungen werden der Schweiz im Jahr 2025, wenn die Generation der Babyboomer in Pension ist, eine halbe Million Arbeitskräfte fehlen.

Mit dem Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vom 15. Januar 2015, den Mindestkurs von 1.20 CHF/Euro aufzuheben, haben sich die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaftsakteure schlagartig verschlechtert. Negativ schlagen vor allem der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland sowie die reduzierte Planungssicherheit zu Buche. Infolge der Frankenaufwertung fragen sich viele Firmen, ob es sich noch lohnt, auf einen Standort in der Schweiz zu setzen. Das trübt den mittelfristigen Ausblick. Ein nachhaltiger Verlust an Standortattraktivität und Wachstumspotenzial droht nach dem Frankenschock vor allem dann, wenn der Produktivitätsfortschritt nicht ausreicht, den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zu kompensieren. Auf der anderen Seite erlebte die Schweizer Volkswirtschaft nach der Aufwertung einen Kaufkraftgewinn, der vor allem den Konsumenten und stark auf ausländische Vorleistungen angewiesenen Produzenten zu Gute kommt. Die jüngsten Konjunkturausblicke sind aber wieder ermutigender. Der kurzfristig stark

intensivierte Strukturwandel könnte nach einer schmerzhaften Anpassungsphase den Weg für neue Wachstumspotenziale ebnen, so dass die Schweiz mittelfristig gestärkt aus dem Frankenschock hervorgeht. Ein solches Szenario setzt allerdings voraus, dass die Schweiz bei der Personenfreizügigkeit sowie den Bilateralen Verträgen eine tragfähige Lösung findet, die den langfristigen Wachstumspfad nicht gefährdet und Kapitalabflüsse verhindert.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie wissen, ist der Produktivitätsfortschritt das wichtigste Element, damit die Schweiz auch weiterhin wirtschaftlich an der Spitze bleibt. Das ermöglicht in erster Linie die Privatwirtschaft über Investitionen und Innovationen. Damit die Wirtschaft sich weiterentwickelt, muss aber auch der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Dabei kann die Schweiz auf unumstössliche wirtschaftspolitische Erkenntnisse und bisherige Erfahrungen zurückgreifen, die im politischen Konzert zuweilen überhört werden. Das Trendwachstum wird weder mittels expansiver Fiskalpolitik noch staatlich verordneter Konjunkturprogramme oder gar einem schuldenfinanzierten Wachstumsmodell angekurbelt. Ebenso wenig kann eine ultralockere Geldpolitik die Wirtschaft nachhaltig beleben. Vom Innovationsschub, der durch Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) wie der Blockchain und Cloud-Computing ausgelöst wird, kann die Schweiz indessen substantiell profitieren. Wie verschiedene Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Digitalisierung belegen, ist unser Land für die nächste Phase des digitalen Wandels gut gerüstet. Die Schweiz hat also sehr gute Karten, mit ihrer Wirtschaft auch künftig Wachstum und attraktive Arbeitsplätze zu schaffen. In dieser Zeit der Veränderung ist es allerdings besonders entscheidend, dass wir den Unternehmen wieder mehr ermöglichen, statt ihnen immer mehr zu verbieten. Darum ist etwa ein Kündigungsschutz für ältere Arbeitskräfte absolut verfehlt, weil strukturerhaltend. Damit erwiese die Politik der Wirtschaft und dem Land einen Bärendienst.

Eine der wichtigsten und zugleich traditionellsten Aufgaben des Staates bleibt dagegen, den Boden für Unternehmen zu bereiten, die im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können. Fundamental sind dabei etwa staatliche Initiativen zur Anpassung des Bildungs- und Forschungssystems an die technologischen Herausforderungen, die Stärkung des Wettbewerbs oder der Abbau bürokratischer Hemmnisse. Eine tragende Rolle spielen ausserdem ein gesunder Staatshaushalt und eine tiefe Staatsquote, weil letztere in aller Regel mit einem stärkeren Wirtschaftswachstum einhergeht. Der Staat kann in diesem klar abgesteckten Rahmen bestenfalls die Rolle eines Katalysators übernehmen. Davon abgesehen muss er aber vor allem Strukturreformen betreiben und Wettbewerbs-schranken abbauen. Daran sollen und wollen wir die Politik messen.

Mit diesen Ausführungen leite ich nun zu unserem Tagungsthema über: «Wieviel Sozialstaat erträgt die Schweiz?» Diese Frage beschäftigt den Schweizerischen Arbeitgeberverband immer wieder von neuem. Jetzt gerade manifestiert sie sich bei der Reform der Altersvorsorge. Unser Verband hat ein konkretes Reformprogramm formuliert, das die Sicherung der Renten bei gleichbleibendem Rentenniveau zum Inhalt hat. Dieses Programm wird der demografischen Entwicklung zu einer alternden Gesellschaft gerecht. Das Rezept ist einfach und realistisch: Sichere Renten bis 2025 mit Massnahmen wie sie der Arbeitgeberverband in einem zweistufigen Paket vorschlägt statt auf Staats-Einnahmen fokussierte Anpassungen bis 2030. Für die Sozialpolitik ist eine neue Ära angebrochen. Damit ist für die Arbeitgeber eine Zeitenwende angebrochen: Bundesrat und Parlament müssen endlich erkennen, dass die Sozialpolitik auf das Wesentliche fokussiert und so gestaltet werden muss, dass sie für die schrumpfende Zahl der Erwerbstätigen und deren Arbeitgeber finanzierbar bleibt. Für die Altersvorsorge bedeutet das eine abgespeckte Reform ohne jeglichen Ausbau. Im Klartext heisst das: Es braucht bereits eine moderate Zusatzfinanzierung, um das jetzige Leistungsniveau zu halten. Zu diesem wichtigen, arbeitgeberpolitischen Thema wird sich jetzt Professor Christoph Schaltegger äussern. Es freut uns ausserordentlich, dass anschliessend auch Bundesrat Berset unter anderem zu diesem Thema zu uns sprechen wird.